ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Siebert, Horst

Article — Digitized Version

Neue Impulse der 90er Jahre: Die deutsche Vereinigung und die europäische Integration

Vorträge auf der Arbeitstagung und Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V. ,Frankfurt, M.

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Siebert, Horst (1990) : Neue Impulse der 90er Jahre: Die deutsche Vereinigung und die europäische Integration, Vorträge auf der Arbeitstagung und Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V. ,Frankfurt, M., Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V., Frankfurt, a. M., pp. 13-28

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/1653

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

06. SEP. 1995 Weltwirtschaft Kiel

Prof. Dr. Horst Siebert
Präsident des Institutes für Weltwirtschaft an der Christian-Albrecht-Universität, Kiel

Neue Impulse der 90er Jahre: Die deutsche Vereinigung und die europäische Integration

Meine sehr verehrten Damen, meine sehr geehrten Herren,

1. In den 80er Jahren machte das Gespenst der Eurosklerose in Europa Furore. Der alte Kontinent erschien institutionell erlahmt, erstarrt wie Laokoon, durch die Knäuel nationaler Regulierungen gefesselt, sowohl für den Marktzugang neuer Firmen, für die Schließung alter Unternehmen, für den Arbeitsmarkt; gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit und den Abbau von Arbeitsplätzen, im Vergleich zu den USA und Japan ohne große Wachstumsdynamik und zur Stagnation tendierend; eher auf Sicherheit erpicht und ein wenig in Watte gepackt. Schumpeter hatte sich von Europa verabschiedet und war nach den USA oder zu den neuen Japans am pazifischen Rand - zu den vier oder sechs Tigern - ausgewandert.

2. 1985 brachte die Delors-Initiative mit dem Weißbuch der 300 Einzelschritte eine neue Perspektive und vertrieb das Gespenst der Eurosklerose. Zwar weisen Spötter darauf hin, daß einige der 300 Einzelschritte nicht die Welt verändern werden wie
   - die Richtlinie für die Tilgung der Blauzunge der Rinder auf griechischen Inseln sowie
   - die Richtlinie zu Umsturzvorrichtungen an land- und forstwirtschaftlichen Schmalspurzugmaschinen auf Rädern.

Aber andere Schritte haben Gewicht, wie die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die neuen Mehrheitsregeln und das Cassis-de-Dijon-Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 1979. Danach darf der Cassis de Dijon, eine wichtige Ingredienz für den Kir Royale, den Kir Archeveque, den Kir Bourgeois, den Kir Ordinaire, auch in Deutschland verkauft werden, selbst wenn er nicht die 32 % Alkoholgehalt hat, die das deutsche Branntweinmonopolgesetz von 1922 - zum Schutz des deutschen Konsumenten ? - vorschreibt. Deutsche Nudeln dürfen in Italien, belgisches Bier in den Landen des Reinheitsgebots von 1517 verkauft, ja Versicherungsleistungen englischer Anbieter zu englischen Konditionen bei uns angeboten werden. Das Cassis-de-Dijon-Urteil ist ein Büchsenöffner für die nationalen Regulierungen.

Auch für die Dienstleistungen soll das Ursprungslandprinzip angewandt werden - ein Wettbewerb der nationalen institutionellen Regelungen soll in einem offenen Prozeß zu einer de-facto-Harmonisierung führen. Nationale Regulierungen werden nicht ex-ante von Brüssel aus harmonisiert, sondern bleiben nebeneinander stehen. Haushalte und Unternehmen können die unterschiedlichen Regulierungen durch Arbitrage austarieren; damit entsteht ein Druck zur Anpassung der nationalen Regulierungen. Der institutionelle Wettbewerb ist im Sinne Hayeks ein Entdeckungsverfahren, in dem sich die Vorteile und Nachteile verschiedener nationaler Regulierungen erweisen und sich das beste System durchsetzt.

Die Bündelung der 300 Einzelschritte und die vier Freiheiten für Menschen, Güter, Dienste und Kapital können eine Meßlatte sein, die an althergebrachte nationale Praktiken und Regulierungen gelegt wird; und sie werden sich für Europa als eine institutionelle Innovation erweisen.

Dieser institutionelle Wettbewerb und die Delors-Initiative haben die Phantasie in Europa angeregt, sie haben zu einer intensivierten Investitionstätigkeit geführt, und diese positive Entwicklung in Westeuropa hat eine starke Attraktionskraft für Osteuropa entfacht. Die osteuropäische Entwicklung hätte wohl nicht eingesetzt, wenn Osteuropa Lateinamerika zu seinem Nachbarn gehabt hätte.

3. Während Westeuropa seit 1985 durch eine neue Dynamik gekennzeichnet ist, erleben Osteuropa und die DDR eine Orwell'sche Krise der Zentralplanung. Die Systeme erwiesen sich als unfähig, die Menschen in einer angemessenen Weise mit Gütern zu versorgen. Zwar war - wenn man von der Nomenklatura absah - die Gleichheit erreicht, aber auf einem niedrigeren Niveau. Wie Churchill einmal bissig bemerkte: "The inherent vice of capitalism is the unequal sharing of blessings, the inherent virtue of socialism is the equal sharing of miseries."

   Gorbatschow muß diese ökonomische Situation und den größer werdenden Rückstand des sozialistischen Staates erkannt haben, als er 1985 an die Regierung kam. Sein Ziel schien zu sein, den Status der UdSSR als Entwicklungsland - als Obervolta mit Atomwaffen - zu verändern. 1985 wurde damit im Osten wie im Westen zu einer wichtigen zeitlichen Zäsur.

4. Neben dem Wunsch nach einer besseren materiellen Versorgung hatte die Bevölkerung Hunger auf individuelle Freiheit und die offene Gesellschaft, auf demokratische Verfahren und eine neue Orientierung - und diese politische Forderung ist über alte und rigide Strukturen hinweggegangen und ist dabei, die Szenarien in Europa institutionell und wirtschaftlich markant zu verändern. Wir sind Zeugen eines großen historischen Prozesses.

5. Für die Deutschen bringt der Liberalisierungsprozeß in Mittel- und Osteuropa die Integration der beiden Staaten.

   Die deutsche Wirtschafts- und Währungsunion ist mit vielem verglichen worden. Es sei der Sprung ins kalte, ins eiskalte Wasser. Es sei die Besteigung der Eigernordwand im tiefen Winter, bei Eis und Schneegestöber. Oder optimistischer der Vergleich mit anderen Gebirgen, den Rockies, die es in einer harten Anpassungsphase zu überqueren gilt - jenseits der Rockies lockt und winkt Kalifornien.

6. Auf eine mittlere Frist von vier bis fünf Jahren wird die deutsche Integration ein wirtschaftlicher Erfolg sein:

   Wenn Mauern fallen, gewinnen die Menschen nicht nur Freiheit. Integrationen sind mit wirtschaftlichem Gewinn verbunden - aus der verstärkten Arbeitsteilung. In Westeuropa hat der Abbau von Handelshemmnissen seit 1957 zu beachtlichen Wohlfahrtssteigerungen für alle beteiligten Länder geführt. Die Delors-Initiative "Europa 92" hat die ökonomische Aktivität - etwa im Investitionsbereich - erheblich stimuliert. Die deutsche Integration ist ein Europa '92 zwischen Rhein und Oder.

7. Die Integration der beiden deutschen Staaten bedeutet, daß zwei Länder mit unterschiedlichen Faktorausstattungen verschmelzen: die reichlich mit Kapital und Technologie ausgestattete Bundesrepublik und die reichlich mit Arbeit ausgestattete DDR. Denn der Kapitalstock der DDR ist weitgehend obsolet. Er ist auf falsche Energie- und verzerrte Umweltpreise ausgerichtet. Der Kapitalstock ist aber auch in einem technischen Sinn obsolet. 55 v.H. der Ausrüstung (ohne Gebäude) in der Industrie sind älter als zehn Jahre; 21,1 v.H. älter als 20 Jahre, 45,1 v.H. der Ausrüstungsinvestitionen im Post- und

Fernmeldewesen sind älter als 20 Jahre. Das ist nur das rechnerische Alter der Maschinen. Eine Maschine, die vor zwei Jahren aus der UdSSR bezogen wurde, entspricht dem technischen Stand der 50er Jahre. Schließlich kann die Qualität der Produkte international nicht mithalten. Aus dieser unterschiedlichen Faktorausstattung von Deutschland Ost und Deutschland West folgen notwendigerweise Gewinne aus Handel.

8. In der öffentlichen Diskussion hört man oft: die westdeutschen Unternehmen suchen den Markt der DDR, aber nicht den Produktionsstandort. Der Markt von 16 Millionen lasse sich mit linker Hand aus den westdeutschen Kapazitäten bedienen. Aber dieser Einschätzung liegt die alte Vorstellung zugrunde, daß im Außenhandel portugiesischer Wein gegen englisches Tuch oder Erdöl gegen Maschinen getauscht werden. Mehr als die Hälfte des Handels zwischen den Industrienationen sieht heute aber völlig anders aus: VWs werden nach Frankreich exportiert, Renaults in Deutschland verkauft. Die Bundesrepublik ist ein großer Textilimporteur, aber gleichzeitig auch ein bedeutender Textilexporteur. Wir importieren einen Crozes-Hermitage, einen Friauler Grauburgunder und sogar einen Zinsfandel, und wir exportieren gleichzeitig einen Pfaffenweiler Batzenberg und - in die USA - die "Blue Nun".

   Die Arbeitsteilung zwischen den Industrienationen ist nicht mehr allein wie bei Wein gegen Tuch oder wie bei Erdöl gegen Maschinen komplementär, sondern substitutiv. Das gilt auch für Investitionsgüter. Auch die DDR wird an dieser intraindustriellen Arbeitsteilung partizipieren. Die Wirtschaft darf sich nicht die Frage stellen: Wie können wir die DDR aus westdeutschen Kapazitäten bedienen, sondern: Welche Güter können wir vom Standort DDR für Westdeutschland, für Europa, für die Weltwirtschaft produzieren?

9. Wachstumspolitisch haben Länder mit einer reichlichen Ausstattung an qualifizierter Arbeit und einem obsoleten Kapitalstock gute Ausgangsbedingungen für hohe reale Wachstumsraten. Sicherlich ist vieles nicht mit 1948 in Westdeutschland vergleichbar, in einer Beziehung jedoch stimmt die Situation überein: gut ausgebildete Arbeitnehmer, aber fehlendes Kapital. Damals war der Kapitalstock zum größten Teil vom Krieg zerstört, in der DDR ist er wirtschaftlich und ökologisch obsolet. Nach der Währungsreform stieg der Index der industriellen Produktion in der Bizone in fünf Monaten um 53 v.H. Für die Jahre, für die wir statistische Daten zum Bruttosozialprodukt haben, verzeichnen wir beachtliche reale Wachstumsraten, von denen wir heute nur träumen können, nämlich 18,7 v.H. (2. Halbjahr 1949), 13,5 v.H. (1. Halbjahr 1959), 19,6 v.H. (2. Halbjahr 1959) und 20,6 v.H. (1. Halbjahr 1951).

   Vergleichende empirische Untersuchungen über Wachstumsprozesse verschiedener Länder zeigen, daß nach 1945 Länder mit zerstörtem Kapitalstock besonders hohe reale Wachstumsraten hatten, so die Bundesrepublik für die 50er Jahre 7,5 v.H., Japan 8,1 v.H., Italien 5,7 v.H., während Länder mit intaktem Kapitalstock geringe Raten erzielten, die USA 3,2 v.H., Großbritannien 2,6 v.H. Die hohen Wachstumsraten gingen mit einer hohen Investitionsquote einher. Nach diesen Erfahrungen hat die DDR ein günstiges Wachstumsszenario vor sich.

10. In der amerikanischen wissenschaftlichen Literatur findet sich die Vorstellung der "new frontier", der Ausdehnung des Wirschaftsraumes über den Mississippi und die Rockies, eine Vorstellung, die aus der historischen Erfahrung abgeleitet ist und von Kennedy mit dem Apollo-Projekt räumlich auf das Weltall ausgedehnt wurde. Die deutsch-deutsche Vereinigung ist eine "new frontier". Das Paradigma, das dieses Investszenario beschreibt, stammt nicht von Keynes, sondern von Schumpeter. Das bestehende Produktionsgefälle signalisiert

mögliche Produktivitätsgewinne; von der Angebotsseite her steigt der Realzins. Die deutsche Integration ist ein positiver Angebotsschock, auch für Europa und die Weltwirtschaft; Mitteleuropa kann die Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft in den 90er Jahren werden.

11. Die DDR wird viel Kapital brauchen, privates und öffentliches. Die Bundesrepublik hat einen Kapitalstock einschließlich Wohnungen und Infrastruktur von 10,7 Billionen DM. Anteilig zur Bevölkerung sollte die DDR nach Ablauf des Anpassungsprozesses einen Kapitalstock von 2,7 Billionen DM haben. Das sind 2.700 Milliarden. Dies ist die Obergrenze für die Abschätzung des Finanzierungsbedarfs für den Kapitalstock. Abzuziehen ist der nicht obsolete Kapitalstock, also das, was noch verwendbar ist.

    Von den 2,7 Billionen DM entfallen etwa 40 v.H. auf den Kapitalstock aller Unternehmen, also den privaten Kapitalstock, 40 v.H. auf die Wohnungen und 20 v.H. auf die Infrastruktur.

12. In den Daten über den Kapitalstock nur unzureichend enthalten ist die Umwelt. Denn nur das Entsorgungskapital ist im Kapitalstock statistisch ausgewiesen, die Altlasten werfen eine zusätzliche Dimension der Finanzierung auf. Und wir hören, daß der Boden in Bitterfeld Sondermüll ist.

13. Makroökonomisch sollte die Nachfrage nach Kapital den Zins steigen lassen, den deutschen Kapitalexport abbauen und spiegelbildlich den Leistungsbilanzüberschuß in der Anpassungsphase zurückführen. Diese Veränderungen sollten von der Angebotsseite eine Aufwertung der DM mit sich bringen. Der Zinseffekt sollte durch das gesamtstaatliche Budgetdefizit von der Nachfrageseite verstärkt werden.

14. Kurzfristig dominiert jetzt die reale Anpassung in den Unternehmen. Mit der Wirtschafts- und Wähungsunion ist der bislang bestehende "Schutzraum" für die DDR-Wirtschaft entfallen, und ihre Unternehmen sind voll dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Die Industrieproduktion, die vor allem als Ergebnis der Flucht vieler Arbeitskräfte bereits seit Herbst 1989 in der Tendenz rückläufig war, sinkt seit dem Frühjahr 1990 kräftig; im Juli unterschritt sie den Vorjahresstand um 42 v.H.

    Die Produktionseinschränkungen und die Umstrukturierung der Betriebe führten zu einer erheblichen Freisetzung von Arbeitskräften. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich von Juni (140.000) auf Juli (270.000) verdoppelt, im August waren es 320.000. Die Kurzarbeit stieg im August sprunghaft an, sie lag mit 1,4 Mill. deutlich über dem Vormonat (650.000).

15. Dringlich ist jetzt, daß die Wirtschaftspolitik den Abbau der vielfältigen Investitionshemmnisse, die für das Engagement westlicher Unternehmen noch bestehen, rasch voranbringt. So werden Gewerbeflächen kaum bereitgestellt. Oder mangels ungeklärter Eigentumsverhältnisse und verbindlicher rechtlicher Regelungen kann Eigentum an Grund und Boden nur selten erworben werden. Die staatlichen Unternehmen müssen privatisiert werden, weil nur so sichergestellt werden kann, daß sich der strukturelle Wandel der Wirtschaft allein an Kriterien wirtschaftlicher Effizienz und nicht an der politischen Akzeptanz orientiert. Die Treuhand darf sich nicht als Sanierer verstehen, weil sie damit hoffnungslos überfordert wäre - sie muß und soll nur eines: Betriebe an private Investoren verkaufen oder sie schließen.

16. Im Zentrum der finanzpolitischen Diskussion steht gegenwärtig die finanzielle Belastung der öffentlichen Haushalte, insbesondere des Bundeshaushaltes, durch die Hilfen an die DDR.

Auf der Basis der amtlichen Schätzungen vom Frühsommer 1990 waren Zuschüsse an den Zentralhaushalt der DDR in Höhe von 22 bzw. 35 Mrd. DM in den Jahren 1990 und 1991 vorgesehen. Im Verlauf des Sommers hat sich gezeigt, daß der Finanzbedarf deutlich größer sein wird. Gegenwärtig erscheinen öffentliche Transfers an die DDR in der Größenordnung von 40 bzw. 60 Mrd. DM erforderlich, damit die Ausgaben - bei gegebener Neuverschuldungsmöglichkeit der öffentlichen Haushalte in der DDR - finanziert werden können.

Das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte im gemeinsamen Währungsgebiet (einschl. des Sonderhaushalts "Deutsche Einheit") dürfte sich - in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - 1990 auf 80 und 1991 auf 110 Mrd. DM belaufen. Diese Prognose ist freilich mit erheblichen Risiken behaftet, denn es ist wenig durchschaubar, inwieweit die Treuhandanstalt Subventionen zur Aufrechterhaltung der Produktionen zahlen wird, inwieweit sie aufgrund der Verbürgung von Bankkrediten, die notleidend werden, in Anspruch genommen wird und in welchem Ausmaß sie durch Zinszahlungen auf Altschulden belastet werden wird. Diese Risiken sind um so geringer, je rascher die Treuhandanstalt Unternehmen privatisiert und je weniger sie ihre Aufgabe darin sieht, Unternehmen zu sanieren.

17. Konjunkturpolitisch sind wir in einer Situation der Reagonomics wie die USA in den frühen 80er Jahren: expansiv die Fiskalpolitik, restriktiv die Geldpolitik. Es kann in den nächsten Jahren zur Wiederholung eines Zielkonflikts zwischen der

expansiven Fiskalpolitik und einer restriktiven Geldpolitik kommen. Der Zins steigt nicht nur von der Angebotsseite, sondern er steigt auch infolge der Ansprüche des Staates an den Kapitalmarkt. Dies engt den zukünftigen Bewegungsspielraum der Geldpolitik ein - die Bundesbank muß diese Konstellation bei ihrem heutigen Geldmengenziel antizipieren.

18. Die osteuropäischen Länder haben ungleich ungünstigere Ausgangssituationen. Sie starten in eine Marktwirtschaft mit einer hohen Auslandsverschuldung, wie beispielsweise Polen mit 40 Mrd. Dollar. Sie müssen ihre eigene Rahmenordnung für ein marktwirtschaftliches System entwickeln, sozusagen das Rad noch einmal neu erfinden. Und sie müssen sich eine stabile Währung durch ein hartes Stabilisierungsprogramm schaffen, indem sie den Gürtel enger schnallen. Im übrigen können sie bei weitem nicht den gleichen Kapitaltransfer wie die DDR erwarten. Im Vergleich zu den wirtschaftspolitischen Problemen der osteuropäischen Staaten verblassen die Fragen der deutschen Integration.

19. Osteuropa (ohne die UdSSR, also Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn) hat eine Bevölkerung von 136 Millionen, die Sowjetunion 290 Millionen. Ohne die UdSSR erreichen die sieben osteuropäischen Länder 10 v.H. des Produktionsergebnisses der Europäischen Gemeinschaft. Der Anteil der Region ohne die UdSSR an den Weltexporten beträgt ungefähr 4 v.H.; die zusammengefaßten Exporte der sieben Länder in harten Devisen erreichen nur 3/4 des Niveaus der Exporte von Hongkong.

Bisher hatte die Region ihre eigene Handelsphilosophie, indem sie eine Spezialisierung unter den COMECON-Ländern durch politische Koordination von oben durchgeführt hat. Traktoren wurden in dem Land X, Eisenbahnwaggons in Y produziert, und Bulgarien war zuständig für die Herstellung von Computern. Regierungskontrakte waren das Vehikel der Spezialisierung, die im wesentlichen von oben geplant war und den traditionellen Linien portugiesischer Wein gegen englisches Tuch entsprach. Im Kontrast zu dieser Philosophie steht die westliche internationale Arbeitsteilung, bei der sich der Außenhandel von unten entwickelt und durch eine Vielzahl von dezentralisierten Entscheidungen und Einzelverträgen bestimmt wird, wobei gleichzeitig individuelle Präferenzen eine große Rolle spielen.

Die Verschuldung in harter Währung der osteuropäischen Länder (ohne UdSSR) beträgt 116,8 Mrd. Dollar und erreicht damit 1/4 der lateinmaerikanischen Verschuldung. Zinsdienste betragen 15 v.H. der harten Exporteinnahmen, während dies in Lateinamerika 30 v.H. beträgt. Die Verschuldung der UdSSR liegt bei 50 Mrd. $.

20. Die Lebensverhältnisse in den reichen Ländern der osteuropäischen Regionen sind etwa vergleichbar mit denen von Griechenland. Insgesamt sind die Länder gekennzeichnet durch

- Ineffizienz der Produktion und zu großem Teil obsoleten Kapitalstock,

- eine verzerrte Handelsstruktur, die auf das COMECON ausgerichtet ist und nicht an den internationalen Märkten,

- Produktqualitäten, die internationalen Anforderungen nicht genügen.

In den 80er Jahren ließ sich eine deutliche Verschlechterung in der Effizienz der Investitionen, also in der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, und eine niedrigere Produktivitätsrate feststellen. Der marginale Kapitalkoeffizient, also der Kapitaleinsatz pro Output, stieg, womit angezeigt ist, daß ein größerer Investitionsbetrag nötig war, um eine zusätzliche Outputeinheit zu produzieren. Der Produktivitätszuwachs fiel von 5 v.H. in den siebziger Jahren auf 2 v.H. in den achtziger Jahren.

21. Eine zentrale Frage ist die Privatisierung der Unternehmen, denn ohne private Unternehmen werden die Wirtschaftssysteme in Osteuropa nicht effizient gestaltet werden können. Wie wir etwa aus Polen hören, stößt aber die Privatisierung der Unternehmen im industriellen Bereich auf große Schwierigkeiten. Wir sehen diese Schwierigkeiten ja auch im Fall der DDR (Treuhand).

22. Zusammen mit diesen institutionellen Reformen muß ein Stabilisierungsprogramm gefahren werden, so daß die eigene Währung hart gemacht und damit auch konvertibel werden kann. Dies bedingt, daß Budgetdefizite des Staates zu reduzieren sind und der Staat sich nicht mehr bei der Notenbank alimentieren kann. Es erfordert eine konsequente Geldpolitik, und es bedeutet, daß die Budgetrestriktion für Unternehmen ziehen muß, die Unternehmen also nicht mehr durch staatliche Hilfsaktionen über Wasser gehalten werden können.

23. Die erforderlichen institutionellen Reformen bedeuten eine vollständige Änderung des ökonomischen Systems. Die Zentralplanung muß aufgegeben und der Marktmechanismus eingeführt werden, wobei sich die Preise an Knappheiten und insbesondere an den Knappheiten des Weltmarktes orientieren müssen. Damit

werden auch die Opportunitätskosten der Produktion signalisiert. Die Einführung der Märkte impliziert, daß bei den handelbaren Gütern auf Subventionen verzichtet werden muß. Gleichzeitig müssen die staatlichen Außenhandelsmonopole aufgegeben werden.

24. Würden die Reformprozesse in Osteuropa scheitern, so kommen immense Instabilitäten auf den europäischen Kontinent zu, etwa wenn wirtschaftlich enttäuschte Menschen massiv aus Osteuropa herausdrängen - ein Trauma einer Völkerwanderung, das viele meiner ausländischen Kollegen plagt.

25. Die Europäische Gemeinschaft hat in ihrer Entwicklung bisherige Nichtmitglieder attrahieren können. Aus der wirtschaftlichen Perspektive spricht alles für eine Erweiterung, wenn die Intensität der Integration der bisherigen Mitglieder nicht negativ beeinflußt wird. Die EFTA ist durch die Freihandelszone von 1973 im Bereich der Industrie ohnehin an die EG angebunden; diese Integration wird jetzt auf den Dienstleistungsbereich ausgedehnt.

26. Wir sollten deshalb Möglichkeiten finden, Ländern wie Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei durch Assoziierungen oder andere lose Formen der Kooperation den Zugang zur Europäischen Gemeinschaft zu öffnen. Eine solche wirtschaftliche Integration ist wichtiger als Transfers. Das Institut für Weltwirtschaft hat bereits im September 1989 die EFTA-Option für Polen und Ungarn in die Diskussion gebracht und über eine freie Wirtschaftszone im Baltikum nachgedacht. Bei einer EFTA-Option oder einer analogen Regelung würde etwa ein Freihandelsabkommen zwischen der EG der Zwölf und einigen osteuropäischen Ländern für industrielle Produkte abgeschlossen. Und wir sollten in diese wirtschaftliche Integration des neuen europäischen Wirtschaftsraums auch die UdSSR einbinden.

27. Den europäischen Wirtschaftsraum kann man sich als ein System von Ringen vorstellen: die EG als ein wirtschaftlich und auch politisch homogener Block, erweitert um den einen oder anderen EFTA-Staat wie Österreich, eventuell skandinavische Länder, eine lose Assoziierung von Ungarn, Polen, Tschechei und eine noch losere Form der Kooperation mit der UdSSR und den Balkanstaaten.

28. Das Produktivitätsgefälle zwischen Ost- und Westeuropa ist beachtlich. Ein solches Produktivitätsgefälle signalisiert mögliche Produktivitätsgewinne; bei den richtigen Reformen steigt die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, und wie die DDR wird Osteuropa ein positiver Angebotsschock.

29. Die hier betonten langfristigen Angebotseffekte aus der europäischen Liberalisierung würden zunichte gemacht, wenn Europa sich ingesamt nach außen abschottet. Diese Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Wir sehen, daß High-Tech-Bereiche staatliche Subventionen fordern, wir sehen, daß in Brüssel die Wettbewerbspolitik teilweise zur Dienstmagd der sektoralen Strukturpolitik degradiert wird, und wir sehen, daß ein mittlerweile traditionelles Produkt, das beileibe kein High-Tech-Produkt ist, nämlich das Auto, auf einen zehnjährigen Außenschutz gegen die japanische Konkurrenz in Europa hinarbeitet. Man kann sicher sein, daß nach einer solchen Frist von zehn Jahren die europäische Automobilindustrie noch weniger als bisher wettbewerbsfähig sein wird.

Der europäische Wirtschaftsraum darf nicht nur innen offen sein, sondern er muß auch nach außen offen sein. Ganz in der Ferne sind auch die Überlegungen eines "GATT Plus" zu nennen, also einer Gruppe von GATT-Mitgliedern, die noch bestehende Handelshemmnisse, insbesondere im Dienstleistungsbereich, aber auch bei mengenmäßigen Restriktionen oder bei nationaler Subventionierung von Außenhandelsbereichen, als eine besondere Aufgabe betrachten. Auch über eine transatlantische Freihandelszone ist nachzudenken. Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn die Liberalisierungstendenzen in Ost-Europa damit enden würden, daß Europa sich wirtschaftlich nach außen abschottet und sich selbst genügt.